Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
(Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim., Universitätsstr. 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 34. Montag den 3. Februar 1890. 84. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Neubau des Reichsgerichts-Gebäudes zu Leipzig.

Die Lieferung von:
165 269,99 Kgr. schmiedeeisernen gewalzten Trägern,
12 042,45 Kgr. „ gemieteten „
2 455,60 Kgr. Gußeisen zu Unterlagsplatten,
soll im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden.

Versiegelte und vorschriftsmäßig bezeichnete Angebote sind bis

Montag, den 10. Februar d. J., Vormittags 11 Uhr

im Amtszimmer der Reichsgerichts-Bauverwaltung, Simsonstraße Nr. 1, portofrei einzureichen.

Die Lieferungsbedingungen, sowie Kosten-Anschlags-Auszüge können daselbst werktäglich in den Vormittagsstunden eingesehen, bezw. von dort bezogen werden.

Zuschlagsfrist 4 Wochen.

Leipzig, den 25. Januar 1890.

Die Reichsgerichts-Bauverwaltung.

Bekanntmachung.

In unserer Bekanntmachung von 27. December vor. Js. ist rücksichtlich des Königlichen Standesamts Leipzig III. als Geschäftszeit diejenige bezeichnet worden, welche bis dahin bei dem Königlichen Standesamte zu Gohlis bestand.

Da diese bisherige Einrichtung nicht allenthalben genügend bekannt zu sein scheint, so setzen wir die Betheiligten in Kenntniß, daß das Königliche Standesamt Leipzig III. an jedem Werktage für den Verkehr mit dem Publicum

von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Mittags

und

von 3 bis 5 Uhr Nachmittags

geöffnet ist.

Leipzig, den 1. Februar 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Th. 242. Dr. Georgi. Deutschel.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 10. bis 17. Januar dss. Js. sind einer in einem hiesigen Hotel logirenden Fremden ein werthvoller goldener Armreif, aus fünf eingelassen Kettchen bestehend, welche von einem Geistbild mit dem Bildnisse Louis des Fünfzehnten zusammengehalten werden, und ein goldener Ring mit großem, ovalgeschliffenem Rubin, der von einem Kranze kleinerer Diamanten umgeben ist, abhanden gekommen und wahrscheinlich gestohlen worden.

Alle Diejenigen, welche über den Verbleib dieser Schmucksachen irgend eine Auskunft geben können, werden ersucht, hiervon unverzüglich unter Mittheilung zu machen.

Leipzig, am 31. Januar 1890.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.

VII. 417. Bretschneider. L.

Höhere Schule für Mädchen.

Die Prüfung der für die Classen IX—I angemeldeten Mädchen findet Sonnabend den 8. Februar morgens 9 Uhr statt.

Papier, Federn und etwa noch vorzulegende Scheine sind mitzubringen.

Leipzig, den 31. Januar 1890.

Dr. W. Nöldeke.

Die Stelle des Secretairs der neu errichteten Handelskammer für das Herzogthum Anhalt ist möglichst bald zu besetzen.

Sie soll ausgestattet werden mit einem Gehalte von 4500 ℳ jährlich und einer Wohnungszulage von 500 ℳ jährlich, letztere mit der Verpflichtung, das Geschäftszimmer in geeigneter Lage der Stadt zu stellen.

Der Bewerber muß akademische Vorbildung und eine für die betreffende Stellung geeignete praktische Ausbildung nachweisen können, ferner muß er sich bei etwaiger Anstellung verpflichten, ohne Genehmigung der Handelskammer kein Nebenamt zu bekleiden.

Bewerbungen sind unter Beifügung von Zeugnissen und einer Lebensbeschreibung bis zum 15. Februar d. J. bei der Unterzeichneten einzureichen.

Dessau, den 31. Januar 1890.

Handelskammer für das Herzogthum Anhalt
Dr. H. Reichardt.

Der Wahlaufruf der freisinnigen Partei.

Im Gegensatz zu der bei den letzten Reichstagswahlen von der freisinnigen Partei geübten Praxis, keinen besonderen Wahlaufruf zu veröffentlichen, weil ja die Ziele der Partei ohnehin bekannt seien, haben die Führer der Partei als Richtschnur für die bevorstehende Reichstagswahl einen Aufruf veröffentlicht, welcher an Umfang und Bedeutung der aufgestellten Forderungen nichts zu wünschen übrig läßt. Diese Forderungen sind zum größten Theil unerfüllbar, aber ihre Verwirklichung würde, wenn sie möglich wäre, dem deutschen Vaterlande nicht zum Heile gereichen, sondern nur Verwirrung stiften und die Festigkeit und Widerstandskraft der Staatseinrichtungen ernstlich gefährden.

Wenn es möglich wäre, den Wahlaufruf der freisinnigen Partei unabhängig von der bisherigen Entwickelung des deutschen Reiches zu lesen und zu beurtheilen, so wäre der Eindruck nicht zu umgehen, daß wir in einem schlecht organisirten und ganz verkehrt geleiteten Staatswesen leben. Stände es so um die inneren Verhältnisse des deutschen Reiches, wie sie der freisinnige Wahlaufruf darstellt, dann müßte die Regierung in Anklagezustand versetzt werden, und die Mehrheit der deutschen Volksvertretung gehörte ins Irrenhaus statt in den Reichstag. Nach dem von den Professoren Hänel und Virchow, von Bamberger und Eugen Richter, von Schenk v. Stauffenberg und Rickert, von Dr. Barth, Hermes, Parisius und Schrader unterzeichneten Wahlaufruf bewegt sich unsere innere Politik in einer Richtung, welche der allgemeinen Wohlfahrt des deutschen Volkes nicht entspricht, die Ausgaben und Schulden des Reiches sind zu bedenklicher Höhe emporgewachsen, die Forderungen für Heer und Marine sind übermäßig und übersteigen die durch die Weltlage geforderten Opfer. Seit dem Jahre 1879 werden die Reichseinnahmen unzweckmäßig verwendet, den größten Theil der Einnahmen bilden Steuern und Zölle, welche die ärmeren Classen unverhältnißmäßig belasten zum Vortheile der Industriellen und Großgrundbesitzer. Endlich ist durch eine verkehrte Socialpolitik eine Vergrößerung der Socialdemokratie, Steigerung der Verbitterung, Ireleitung von Justiz und Polizei herbeigeführt worden. Das Cartel bedeutet bei den Liberalen den Verzicht auf jede selbstständige Politik, auf die Geltendmachung der eigenen liberalen Grundsätze.

Das ist das Bild von den Zuständen des deutschen Reiches, welches der freisinnige Wahlaufruf entwirft. Man wird zugestehen müssen, daß es in einem Staate der Gegenwart kaum schlimmer bestellt sein kann, als es nach dieser Schilderung im deutschen Reiche der Fall sein müßte. Man vergleiche damit die Thatsachen, die vor Aller Augen liegen, und man wird es nicht begreifen, wie die freisinnige Partei dazu kommt, uns mit einer solchen Caricatur der Verhältnisse zu behelligen. Es ist dem Herrn Richter und seinen Gesinnungsgenossen im Reichstage, als sie auch dort ein ähnliches Klagelied anstimmten, von berufener Seite der Rath ertheilt worden, auszuwandern, wenn es ihnen bei uns nicht gefalle, aber ihnen zugleich angedeutet worden, daß sie uns mit den Gebilden eines kranken Gehirns verschonen mögen.

Wir erinnern uns, welche grobe Unkenntniß der für die Colonialpolitik in Betracht kommenden Dinge der Abgeordnete Richter im verflossenen Reichstage bei jeder Gelegenheit gezeigt hat, wo er diese Politik angriff und als gänzlich verfehlt bezeichnen wollte, wir haben gesehen, mit welcher Leidenschaftlichkeit er sich gegen jeden Abgeordneten zu wenden pflegt, der eine von der seinigen abweichende Meinung zu haben sich unterfängt. Wir finden diesen Standpunct der rein persönlichen Anschauung ohne Berücksichtigung der Gesammtentwickelung und ihrer Ursachen in dem Wahlaufruf der freisinnigen Partei wieder. Wir begegnen darin denselben apodiktisch ohne Beweis der Richtigkeit aufgestellten Behauptungen, welche nur urtheilsunfähigen Leuten imponiren können, wir finden jenen Geist der Ueberhebung darin wieder, durch welchen sich die freisinnigen Redner von jeher von den Anhängern anderer Parteien unterschieden haben.

Die Art und Weise, wie der Abgeordnete Richter die geistigen Fähigkeiten anderer Abgeordneten in öffentlicher Sitzung in Zweifel gezogen, ihre angebliche Beschränktheit bedauert hat, ist zu einer Eigenthümlichkeit der Vertreter der freisinnigen Partei geworden, sie haben es in ihrer Selbstgefälligkeit fertig gebracht, sich mit dem ganzen Stolze bevorzugter Sterblicher zu umgürten und mit mitleidigem Lächeln die Worte zu murmeln: „Verstand war stets bei Wenigen nur zu finden", wie in Schiller's Fragment „Demetrius" zu lesen ist. Wir lassen Herrn Richter bei seiner Selbstverehrung, ohne uns auf gleiche Höhe erheben zu können, dafür wollen wir aber um so eifriger an der Bewahrung unserer Unbefangenheit festhalten und die Wahrheit nicht aus den Augen verlieren, daß nichts leichter ist, als das Erreichbare für schlecht und das Unerreichbare für gut zu erklären.

Wer wird es den Freisinnigen nicht ohne Weiteres zugestehen, daß billige Lebensmittel wünschenswerther sind als den Interessen der Consumenten zuträglicher sind als theuere, und Jeder, der mit dem Bewußtsein, Steuern und Zölle bewilligt, daß dadurch die Lebensmittel vertheuert werden müssen, würde das schärfsten Tadels würdig sein, wenn es andere und bessere Mittel und Wege gäbe, die Ausgaben zu decken. Die Freisinnigen behaupten, diese Mittel zu kennen, sie predigen ihre Weisheit aber Steinen, man will sie nicht hören, man zieht es vor, die Unzufriedenheit der unteren Volksclassen zu nähren und die Taschen der Fabrikanten und Großgrundbesitzer zu füllen. Sind vielleicht die Herren Freisinnigen im Stande, uns zu sagen, weshalb Nationalliberale und Conservative mit dem Centrum im Bunde dazu gekommen sind, derartige Zölle und Steuern im schreienden Gegensatz zu den Bedürfnissen des Volkes zu bewilligen? Erstens ist es nicht wahr, daß die Steuern und Zölle die von den Freisinnigen behauptete Wirkung gehabt haben und daß sie in dem von ihnen gekennzeichneten Streben bewilligt worden sind. Die Preise der Lebensmittel würden ohne die bestehenden Steuern und Zölle aus anderen Gründen genau so hoch im Preise stehen, vielleicht noch höher als jetzt, weil der Wohlstand Derjenigen, welche sie zum Verkauf stellen, vielleicht untergraben wäre. Jedenfalls ist der Nationalwohlstand in Deutschland zur Zeit, als noch nach den Grundsätzen des Freihandels verfahren wurde, lange nicht auf der Höhe gewesen, auf welcher er sich heute befindet. Diese einzige Andeutung zeigt, wie ihöricht und abgeschmackt es ist, zusammenhangslos irgend welche absolute Sätze aufzustellen, die unter Umständen wahr, aber auch grundfalsch sein können. Es giebt Zeiten, in denen der Freihandel den bestehenden Verhältnissen entspricht, und solche, in welchen Schutzzoll allein die Möglichkeit gewährt, sich vor Schaden zu schützen. Ebenso kommt es auf die Umstände an, ob directe Steuern vor den indirecten den Vorzug verdienen, oder umgekehrt. Bei der Entwickelung, welche das deutsche Reich durchgemacht hat, mußte die Mehrheit der Volksvertretung die Zoll- und Steuerpolitik befolgen, unter deren Geltung wir leben. Herr Eugen Richter hätte es jedenfalls anders gemacht, ob besser, das bezweifeln wir.

Leipzig, 3. Februar.

* In dem Ressort des Auswärtigen Amtes, soweit es sich auf die Gesandtschaften und die Consulate bezieht, sind wieder eine Anzahl Veränderungen vorgegangen. An Stelle des nach Wien versetzten Legationsraths Graf Vitzthum v. Eckstaedt ist Graf v. Rex zum 2. Botschafts-Secretair in Petersburg ernannt worden. Derselbe war eine Zeit lang im Auswärtigen Amt beschäftigt und vorher bei der Gesandtschaft in Serbien. Als Hilfsarbeiter wurden in das Auswärtige Amt Frhr. v. Wentzingen berufen, zuletzt Legations-Secretair bei der Gesandtschaft in Buenos-Ayres für die Laplata-Staaten. Derselbe ist als deutscher Delegirter gegenwärtig der Brüsseler Antisclaverei-Conferenz beigegeben. Zum zweiten Secretair bei der Botschaft in Paris ist an Stelle des zur Gesandtschaft in Stockholm berufenen Legations-Secretair Dr. Frhr. v. Gärtner-Friedenau der königl. bayerische Kämmerer Graf Arco-Valley ernannt, welcher vorher nur als interimistischer Legations-Secretair dort fungirte. Dann ist der dortigen Botschaft der königl. preußische Ger.-Ref. v. Pilgrim-Baltazzi attachirt. Die Dolmetscherposten in Peking und in Tokio sind unbesetzt, der bisherige Gesandtschafts-Dolmetscher in Peking ist zum Consulat in Shanghai versetzt und nach Peking der Dolmetscher-Eleve Lieutenant a. D. Freiherr v. d. Goltz berufen. An die Consulate zu Amoy und Kanton sind als Dolmetscher Dr. C. Merz und Dr. W. Schrameier versetzt. Auch bei den Consulaten in Japan zu Yokohama und Hiogo-Osaka fehlen ebenso, wie bei der Gesandtschaft zu Tokio die Dolmetscher. Gegenwärtig sind die Consulate Fiume, Nizza und Rustschuk unbesetzt. Von Nizza wurde der bisherige Inhaber Viceconsul v. Weigels-Rhetz als Consul nach Valparaiso versetzt; von Fiume ist der dortige Consul Dr. Galli nach Algier versetzt an Stelle des verabschiedeten ältesten deutschen Berufsconsuls Dr. Froebel und Rustschuk ist seit 1887 offen, damals hatte der dortige bulgarische Präfect den deutschen Viceconsul v. Loeper in seinem Blatte angegriffen und beleidigt.

* In Rheinland und Westfalen scheint die Ernennung des Herrn von Berlepsch zum Minister für Handel und Gewerbe sehr günstig aufgenommen zu werden; die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" beispielsweise schreibt:

In den westlichen Provinzen wird die Ernennung des bisherigen Oberpräsidenten der Rheinprovinz mit großer Freude begrüßt werden. Wenn wir nicht auftehen, die Besetzung des preußischen Handelsministeriums durch eine neue Kraft ein freudiges Ereigniß zu nennen, so beruht das auf der dem Fürsten Bismarck gewiß am allerwenigsten verborgen gebliebenen Erkenntniß, daß die heutige wirthschaftliche Bewegung, auch selbst in dem engeren Rahmen des preußischen Vaterlandes eine so wichtige ist, welche vielmehr die Thätigkeit eines ganzen Mannes in Anspruch nimmt. Ganz abgesehen von so vielen anderen Fragen des Handels und Gewerbelebens, denken wir hierbei besonders an die großen Lohnbewegungen, welche Preußen seit einem Jahre, man kann wohl sagen, heimgesucht haben. Hier den richtigen Weg zu finden, um Ausstände zu verhüten, Arbeiter und Unternehmer näher, in die wirthschaftliche Entwickelung von Neuem Sicherheit und Stetigkeit zu bringen, welche namentlich unserer Kohlen- und Eisenindustrie in Folge der Haltung der Arbeiter mehr und mehr verloren zu gehen droht, dazu allein schon ist Freiherr v. Berlepsch ganz unzweifelhaft der rechte Mann. Wir erblicken gerade in seiner Ernennung — besonders wenn sich die Nachricht von der gleichzeitigen Lostrennung der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung von dem Arbeitsministerium und ihre Wiederüberweisung an das Handelsministerium bestätigen sollte — das untrügliche Zeichen dafür, daß die Regierung unseres Kaisers und Königs zunächst im engeren Vaterlande, das ja auch am meisten von den Streiks heimgesucht worden ist, solche Maßregeln ergreifen will, welchen man recht eigentlich den Namen „arbeiterfreundliche" geben können wird. Frhr. v. Berlepsch ist erst seit 1. October v. J. als Oberpräsident der Rheinprovinz thätig gewesen. Wie hoch er aber in dieser leidlich verflossenen kurzen Zeit seine Aufgabe erfaßte, beweist sein sofortiges, persönliches und stets von Erfolg begleitetes Eingreifen in die Bergarbeiterbewegungen, die sich Ende December v. J. von Neuem einerseits am Niederrhein und in Westfalen, andererseits im Saarrevier zeigten und eine sehr drohende Gestalt angenommen hatten. Eine andere Aufgabe hatte sich der Freiherr von Berlepsch gerade jetzt gestellt: die für unsere gesammten westlichen Provinzen und deren gewerbthätige Bevölkerung so hervorragend wichtige Frage der Moselkanalisirung gründlich zu studiren und ihrer Lösung endgiltig entgegenzuführen... Er war, nachdem er seine Studien abgeschlossen hatte, zuerst Landrath eines oberschlesischen Kreises, als er in den 70er Jahren zum Staatsminister von Schwerdtner-Sondershausen ernannt wurde. Er stand bis 1880 an der Spitze des Ministeriums in Sondershausen, nahm aber dann seinen Abschied und wurde im folgenden Jahre als Regierungs-Vizepräsident in Coblenz wieder in den preußischen Staatsdienst aufgenommen. Im Jahre 1883 wurde er zum Regierungspräsidenten von Düsseldorf ernannt, und seit 11. Juni 1884 gehört er dem Staatsrathe an. Er hat es verstanden, sich in die noch mehr als einer Richtung eigenartigen Verhältnisse des Regierungsbezirks Düsseldorf sehr schnell hineinzuarbeiten, und bei allen Bestrebungen, welche des Wohl der industriellen Arbeiter im Auge hatten, fördernd und anregend mitgewirkt. Die lebhafte Theilnahme, welche das großartige, Herrn von Berlepsch zu Ehren am 29. October v. J. in der Düsseldorfer Tonhalle von den Notabeln und Behörden des Regierungsbezirks veranstaltete Abschiedsfest fand, brachte die Dankbarkeit und Sympathie, die die hiesige Bevölkerung für Herrn von Berlepsch hegt, zum Ausdruck.

* Der Ernennung des Oberpräsidenten v. Berlepsch zum Handelsminister wird übrigens allgemein große Bedeutung für die weitere Behandlung der Arbeiterfragen beigemessen. Die Ernennung erfolgte auf Vorschlag des Reichskanzlers. Bei dem Vortrag, welchem Herr v. Berlepsch dem Kaiser erstattete, war Geheimrath Hinzpeter anwesend.

* Zur inneren Lage wird der „Schlesischen Zeitung", wie sie selbst sagt „officiös", aus Berlin geschrieben:

„Der für alle Fernstehenden überraschende Ausgang, den die Berathung des Socialistengesetzes im Reichstage genommen, hat eine Anzahl von zum Theil widersprechenden Gerüchten hervorgerufen, die fast ausnahmslos lediglich auf Vermuthung beruhen. Daß über diese oder jene Frage im Staatsministerium ein Meinungsaustausch stattgefunden hat, bei welchem mehr oder weniger abweichende Ansichten zu Tage getreten sind, mag richtig sein. Aber das ist ein Vorkommniß, welches sich leidtverständlich bei vielen Beisprechungen wiederholt, in denen die Vertreter der verschiedenen Ressorts die Interessen derselben geltend zu machen haben. Entschieden unrichtig ist es, von einem so erheblichen Auseinandergehen der Meinungen zu sprechen, daß es darüber nahezu zu einer ernstlichen Krisis gekommen wäre. Insbesondere sind diejenigen schlecht unterrichtet, welche die Stellung des Ministers des Innern als erschüttert darstellen. Derselbe hat sich bei seiner Haltung in der Frage des Socialistengesetzes und besonders auch mit seiner von allen Seiten als vortrefflich anerkannten Rede am letzten Tage in vollster Uebereinstimmung mit allen maßgebenden Persönlichkeiten, also auch mit dem Reichskanzler befunden, so daß man mit größerem Rechte behaupten könnte, seine Stellung sei bisher noch nie so fest gewesen, wie gerade jetzt. Auch das ist vollständig unrichtig, daß noch zwei Stunden vor der Schlußrede des Reichstages über den Inhalt der Thronrede Meinungsverschiedenheiten sich gegenüber gestanden hätten, in Folge deren der Kaiser die Thronrede aus dem Manuscripte habe verlesen müssen. Wer bei dem Acte im Weißen Saale in den vorderen Reihen der Zuhörer stand, hat unschwer erkennen können, daß ein gedrucktes Exemplar der Rede sich in den Händen des Kaisers befand. Auch gelangte die Rede gleichzeitig bereits an verschiedenen Stellen, welche sich mit ihrer Verbreitung zu befassen haben, gedruckt zur Vertheilung, wie es bei solchen Anlässen von jeher üblich ist. Daß die Thronrede der geschärften Socialistengesetzvorlage nicht erwähnen und überhaupt ohne jeden Mißklang die Legislaturperiode beschließen sollte, war in der Voraussicht des Ausganges der Berathung über die Vorlage bereits Tage zuvor ohne Widerspruch von irgend einer Seite beschlossen worden."

* Bei der am Sonnabend stattgehabten Ersatzwahl an Stelle des früheren freiconservativen Landtags-Abgeordneten für den Wahlkreis Essen, Mülheim, Duisburg, Ruhrort, von Rosenberg-Gruszczynski, wurden 951 Stimmen abgegeben, welche sämmtlich auf den conservativen Freiherrn von Plettenberg-Mehrum auf Mehrum fielen. Der Letztere ist somit einstimmig gewählt.

* * *

* Durch einen demnächst zu veröffentlichenden Ukas soll, der „Daily News" zufolge, der weiteren Anlegung von deutschen Ackerbaucolonien in Südrußland vorgebeugt werden. Die nöthige Stimmung zu diesem Ukas macht ein Bericht in der „Nowoje Wremja" über die ungeheuern Fortschritte der deutschen Ansiedelungen. Die Deutschen besitzen ausgedehnte Gebiete in Taurien, Cherson und Jekaterinoslaw; sie hätten während der letzten zwei Jahre im District von Kostantinograd 175,000 Acker und im District von Isjum 500,000 Acker erworben. Ein großer Theil des Landes vom Gouvernement Charkow und große Strecken im Gebiete der Don-Kosaken seien in deutsche Hände übergegangen, so daß, wie die „Nowoje Wremja" lärmt, die Russen aus den mit russischem Blute erworbenen Küstenstrichen am Schwarzen Meere verdrängt würden. Der russische Bauer, der sich bei den Deutschen verdingen wolle, habe Deutsch zu lernen u. s. w. Wie man sieht, ist dies die Einleitung zu einem neuen Kreuzzuge gegen die Deutschen; und die russenfreundliche „Daily News" giebt sich natürlich dazu her, Europa gegenüber diese Schandmaßregeln, wenn auch nicht zu vertheidigen, so doch zu beschönigen.

* Bei der Uebergabe des Handschreibens des Fürsten von Montenegro an die serbische Regentschaft, in welchem der Fürst für die Aufnahme der montenegrinischen Einwanderer dankt, erklärte Bukowitschanin wiederholtem Danke, die brüderliche Hilfe, welche den Einwanderern erwiesen wurde, sei ein neuer, werthvoller Beweis für die Liebe des serbischen Volkes zu den serbischen Brüdern in Montenegro. Der Regent Risitsch erwiderte hierauf, die Regentschaft, sowie die Regierung hätten dies als eine um so heiligere Pflicht der Humanität erachtet, weil dieselbe den serbischen Landsleuten Montenegros gegenüber erfüllt worden sei.

* Der brasilianische Minister des Handels und des Ackerbaues Demetrio Ribeiro hat seine Demission eingereicht; sein Nachfolger wird wahrscheinlich Cheyero werden.

* Das canadische Haus der Gemeinen berieth kürzlich einen Antrag, welcher seinem Bedauern darüber Ausdruck giebt, zu erfahren, daß verschiedene öffentliche Angaben gemacht wurden, welche die Treue und Anhänglichkeit Canadas an die zwischen Canada und dem Vereinigten Königreich bestehende politische Vereinigung in Frage stellen und behaupten, daß Canada wünsche, sich von dem Reiche zu trennen. Der Antrag, welcher die Angaben auch als beleidigend für Canadier bezeichnete, wurde einstimmig genehmigt und es ward gleichzeitig einstimmig beschlossen, eine Abschrift des Antrages der Königin als Beweis für die allgemeine Stimmung Canadas über die Frage zu senden. — Die Legislatur von Quebec hat ein Gesetz genehmigt, welches jedem „Familienvater" von 12 lebenden ehelichen Kindern, mag derselbe in der Provinz geboren oder naturalisirt sein, 100 Acres öffentliche Ländereien schenkt.

Musik.

Achte Kammermusik
(der I. Serie fünfte)
im Neuen Gewandhause,
Sonnabend, den 1. Februar 1890.

Beethoven's zweites Quartett, op. 18, in Gdur, das vorgestern an der Spitze des Programms stand, nimmt insofern eine Sonderstellung unter des Meisters siebzehn Streichquartetten ein, als es am meisten auf Haydn-Mozart'schem Boden wurzelt und am wenigsten jener Eigenthümlichkeiten und jener energischen und tiefgehenden Züge enthält, die da und dort schon in Beethoven's ersten Werken aufblühen und gewissermaßen auf eine neue Aera der Tonkunst hindeuten. Die Stimmung, welche alle vier Sätze durchzieht, ist heiter und harmlos, manchmal etwas altmodisch ceremoniös, dann wiederum humoristisch, und wer weiß, ob nicht leicht traurisend? Wenigstens macht uns das plötzliche ausgelassene Allegro ¾, inmitten des wiederholten Adagios einen derartigen Eindruck. Dieses Quartett kann von Seiten der Ausführenden sehr leicht vergriffen werden, sei es in Bezug auf die Zeitmaßnahme, sei es hinsichtlich der natürlichen Accentuation, der maßvollen Dynamik, des schlichten Ausdrucks oder der spielenden Leichtigkeit, die feine Wiedergabe erfordert. Besten wir uns, die treffende Auffassung, welche die Herren Brodsky, Becker, Nemäcek und Klengel dem liebenswürdigen Werke angedeihen ließen, rühmend hervorzuheben. Um so inniger, herzbewegender, theils den ungestümen Aufruhr einer leidenschaftlichen Seele, theils die stillbetrachtende, mildverklärte Trauer über die frühe Todesvernichtung einer holden und reinen Erscheinung schildernd, entströmte denselben Künstlern die warme, farbenreiche und dichterisch erfüllte Melodiesprache Schubert's!

Wer fühlte sich nicht gerührt bei den Variationen über das Lied: „Der Tod und das Mädchen"? Wen fesselten nicht die beiden Sätze desselben Quartetts in Dmoll, die uns die ursprüngliche Eigenart, die unerschöpfliche Erfindung des ewig jugendlichen Tondichters in ihrer vollen Unmittelbarkeit bis zur letzten Note kundthun? — Die Stürme des Beifalls, welche der wundervolle Vortrag dieser Tonschöpfung entfesselte, waren kaum zu beschwichtigen.

Der einheimische Pianist Fritz von Bose, für dessen Mitwirkung Herrn Brodsky, welcher es sich angelegen sein läßt, unbekümmert um schreckhaftige Seitenblicke auch jüngeren Kräften das Wort zu ertheilen, aufrichtiger Dank zu zollen ist, errang mit dem Trio für Pianoforte, Violine und Violoncell in Bdur op. 52 von Rubinstein einen unbestrittenen, überaus glänzenden Erfolg. Herr von Bose, der seine Ausbildung am hiesigen königl. Conservatorium genossen hat, vereint die feinsten technischen Eigenschaften — ein perlendes ausgeglichenes Legato, ein feines Staccato und ein glänzendes Octavenspiel mit einem runden, aller Sprödigkeit baren Ton. Hat das Trio, welches, nebenbei gesagt, zu den allerbesten Hervorbringungen Rubinstein's zählt, dem Pianisten vollauf Gelegenheit, sein technisches Rüstzeug ans Licht zu rücken, so ließ derselbe ebensowenig einen Zweifel an der musikalischen Durchdringung seines Gegenstandes aufkommen; denn nicht nur verstand er es, sich unterzuordnen, wo es nöthig erschien, sondern auch die dem Claviere zuertheilten Themen und Episoden plastisch abzurunden, reizvoll zu schattiren, kurz, dem herrlichen Blüthner'schen Flügel eine Fülle von Wohllaut zu entlocken. Adolf Ruthardt.

Frankfurt a. M., 29. Januar. (Opernhaus.) Die vergangene Woche brachte eine ganz hervorragende Aufführung der Weber'schen „Euryanthe". Unsere eminente Primadonna Frau Schröder-Hanfstaengl sang die Titelrolle und hat sich an jenem Abende selbst übertroffen. Die gesangliche Durchführung dieser schwierigen Partie, die neben dramatischer Leidenschaft tiefe Innigkeit des Gefühls und poetische Empfindung verlangt, war eine absolut vollendete. Frau Schröder ist eine große mustergültige Künstlerin, wie es nur wenige in Deutschland giebt, und wir dürfen froh sein, daß eine solche seit unserlicher Kraft unserem Institute auch Neue für längere Zeit erhalten ist. — Den „Lysiart" sangte Herr Greeff mit vortrefflichem Gelingen durch. Alles, was dieser Sänger bietet, trägt den Stempel echt künstlerischen Gemüthslebens. Herr Greeff arbeitet seine Rollen, und darin könnte er vielen seiner Collegen als Muster dienen, aufs Sorgfältigste bis ins Kleinste aus, bevor er sie zur scenischen Wiedergabe bringt. Da ist nichts

SLUB
Wir führen Wissen.